

Schlüsselbegriffe einer
notwendigen deutschen
Selbstverständigung

Patriotismus, Solidarität, Gemeinsinn

Volker Kronenberg

Ein Blick in die Buchhandlungen verrät in diesen Wochen womöglich mehr, als langatmige Erläuterungen an Einsicht vermitteln können. Denn er erfasst unweigerlich eine Vielzahl an Titeln, die sich mit „Deutschland“, mit der Frage nach „deutscher Identität“, nach „Vaterland“, nach „Heimat“, nach „Patriotismus“, ja sogar mit der Frage nach einem neuen „Deutschlandgefühl“ verbinden. Ein Autor jener Titel, Reinhard Mohr, ehemaliger *Spiegel*-Redakteur und nun beim Hamburger Magazin *stern*, kommt in seinem Essay „Deutschlandgefühl“, das der „mental Lage der Nation“ gewidmet ist, zu der Feststellung, der wieder vereinigte Deutsche, er sei „souveräner geworden, weltoffen und geschichtsbewusst“ – und, so Mohr, er beginne mit einem Grund, sein Land zu lieben.

Kaum verwunderlich angesichts solcher ehemals als Deutschtümelei verschriener Feststellungen, dass vereinzelt die Wendung von einem „Schlussstrich“ nunmehr „mitlinks“ auftaucht – doch vorsichtig! Die erwartete Schlachtordnung um Begriffe und Positionen gerät auch bei dieser Wendung durcheinander. Die Wendung vom „Schlussstrich mit links“, sie bezieht sich auf den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder, der von *stern*-Redakteur Hans-Ulrich Jörges hinsichtlich seiner außen- und vergangenheitspolitischen Neupositionierung Deutschlands als „Erlöser“ gefeiert wurde, der „Schluss macht mit vergangenheitsbehafteter Selbstkasteiung. Die Bürde der NS-Verbrechen wird umgeladen von der

Schulter drückender Schuldgefühle auf die Schulter historischer Verantwortung – und damit leichter“ (Jörges).

Kommt hier – in solchen spitzen, blitzenden Wendungen – nicht tatsächlich eine Bereitschaft „zu milderem Urteil, ja zur Revision“ in der Betrachtung der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts zum Ausdruck, eine Bereitschaft, die der Historiker Norbert Frei bei Günter Grass und anderen Repräsentanten der kritischen Nachkriegsgeneration auszumachen glaubt?

Erstaunliche Unbefangenheit

Es ist kein Zufall, dass just in dem Jahr, in dem sich das Ende des Zweiten Weltkrieges, das Ende der Hitler-Diktatur zum sechzigsten Mal jährte und man auf fünfzehn Jahre deutsche Wiedervereinigung zurückblicken konnte, eine Debatte über die Liebe zum eigenen Land, über „Patriotismus“ in Deutschland angestoßen wurde. Und doch, bei allen runden und halbrunden Jahrestagen, die man erinnernd begeht, ist es verwunderlich, wie unbefangen und scheinbar selbstverständlich heute von sehr unterschiedlicher Seite ein Begriff im Munde geführt wird, der noch vor zwei Jahrzehnten im so genannten „Historikerstreit“ unter geschichtspolitischer Quarantäne stand und der allenfalls mit dem Präfix einer strikt universalistisch gedeuteten „Verfassung“ gelten durfte: derjenige eben eines „deutschen Patriotismus“.

„Der einzige Patriotismus“, so dekretierte Jürgen Habermas 1986, auf dem Hö-

hepunkt der geschichtspolitischen Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, an die Adresse seiner Kontrahenten Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Klaus Hildebrand, der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet, sei ein „Verfassungspatriotismus“. Der Historikerstreit als letzte geschichtspolitische Großkontroverse der „alten“ Bundesrepublik im Zeichen der deutschen Teilung demonstrierte vor nunmehr fast zwanzig Jahren noch einmal die Funktions- und auch Sanktionsfähigkeit jenes politisch-kulturellen Koordinatensystems, in dem sich die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte zu verorten hatte: jenseits der nationalen und diesseits einer weltbürgerlichen, zumindest europäischen Perspektive.

Tatsächlich begriff sich die Bundesrepublik in den achtziger Jahren im öffentlichen politisch-kulturellen Bewusstsein zunehmend als „postnationale Demokratie unter Nationalstaaten“ (Karl Dietrich Bracher) und machte die fehlende nationalstaatliche Selbstverständlichkeit zu einer eigenen bundesrepublikanischen Selbstverständlichkeit.

Ausweg aus der Identitätsnot

Abgesehen von einigen Versuchen, die nationale wie die soziale Frage mit der Friedensbewegung zum „linken Patriotismus“ zu verknüpfen, richtete sich infolge der De-facto-Anerkennung der Zweistaatlichkeit in Deutschland die spezifische Variante eines „westdeutschen Patriotismus“ verstärkt auf eine neue, von historischen Hypotheken unbelastete Größe: die Verfassung. Das Grundgesetz schien die Befreiung aus Identitätsnot, zumindest der ehrenvolle Ausweg für jene, die nicht von den nationalneutralistischen Konföderationsplänen rechter wie linker Aktivisten unter dem Motto: „Deutschland den Deutschen“ oder „Kein Blut für Moskau und Washington“

überzeugt waren. Die große Mehrheit der Westdeutschen vollzog die Anerkennung der politischen Realitäten im Geiste des Grundgesetzes – *Sola scriptura*: das Bonner Grundgesetz.

Am 23. Mai 1979, anlässlich des dreißigsten Jahrestages des Inkrafttretens des Grundgesetzes, war der von Dolf Sternberger geprägte Begriff des „Verfassungspatriotismus“ erstmals in einem Zeitungsartikel aufgetaucht. Sternberger erklärte die „Verfassung“, verstanden als „gemischte Verfassung“, zur Bezugsgröße des Patriotismus, nicht als ein Nothelf, nicht als Ersatz für den nationalen Patriotismus. Vielmehr suchte Sternberger darauf aufmerksam zu machen, dass Patriotismus in einer europäischen Haupttradition schon immer und wesentlich etwas mit Staatsverfassung zu tun hatte, ja dass Patriotismus ursprünglich und wesentlich Verfassungspatriotismus gewesen sei. Indem der Verfassungspatriotismus im Sinne Dolf Sternbergers die bewusste Option für die verfassungsstaatliche Ordnungsidee westlicher Observanz, das heißt für die Staatsbürgernation, symbolisierte, bedeutete dies nichts anderes, als dass die nationale Identität der Gesellschaft in der „lebenden Verfassung“ eine konkret-geschichtliche Realisierung finden sollte, wie dies in den westlichen Nationalkulturen in vielfältiger Form geschehen sei. Der nationalstaatliche Ist-Zustand stand bei Sternberger so lange nicht unter Vorbehalt, wie er sich in seiner Verfasstheit an den Prinzipien der Humanität, der Freiheit und Gleichheit seiner Bürger orientiert. Angesichts der besonderen Verfasstheit Deutschlands *nicht* als Substitut eines nationalen Patriotismus konzipiert, sondern als komplementäre Identifikationsform einer konkreten, freiheitlichen und historisch verantwortungsvollen Republik, war dieser verfassungszentrierte Patriotismusgedanke bewusst der deutschen Perspektive von Nation, Verfassung und Vaterland geschuldet und insoweit

Rund eine Million Menschen feierten in der Nacht des 3. Oktober 1990 in Berlin die wiedergewonnene deutsche Einheit – hier mit einem Transparent „West und Ost/Zukunft für Deutschland und Europa“.

© dpa – Bildarchiv



für das gesamte demokratische Parteienspektrum anschlussfähig.

Dies änderte sich, als Jürgen Habermas das Konzept des Verfassungspatriotismus in den achtziger Jahren aufgriff, unter der gleichen terminologischen Chiffre als universalistisch-abstrakte Identifikationsform *jenseits* einer konkreten deutschen Nation beziehungsweise eines Nationalstaates neu konzipierte und es im „Historikerstreit“ politisch-kulturell zu popularisieren verstand. Verfassung, bei Sternberger als „gemischte Verfassung“ weitaus mehr als ein Rechtsdokument, ersetzte nunmehr die historisch überwunden geglaubte Kategorie der „Nation“. „Europa“, konkret ein bundesstaatlich organisiertes Europa, wurde zu einer sehr spezifisch westdeutschen Perspektive der psychologisch sich postnational begreifenden Demokratie unter Nationalstaaten;

die deutsche Teilung wurde kurz und bündig zum Preis für „Auschwitz“ erklärt.

Asymmetrie des Nationalgefühles

Als die deutsche Einheit 1989/90 unverhofft beziehungsweise für manchen gar „unerhofft“ kam, wurde sie entsprechend dieses Habermas’schen Verständnisses von „Patriotismus“ vielfach als politischer Störfall wahrgenommen. Die Bundesrepublik, wie sie sich 1989 präsentierte, begriff sich nicht länger als Provisorium. Sie hatte sich nach vier Jahrzehnten staatlicher Teilung mehrheitlich als Definitivum angenommen – nicht nur im Bereich der intellektuellen, kulturellen Öffentlichkeit, wo sich beispielsweise Günter Grass noch im Februar 1990 stolz zeigte, ein „vaterlandsloser Geselle“ zu sein, sondern ebenfalls im politischen. Entsprechend groß sollte die deutsch-deutsche Asym-

metrie in der Freude über die deutsche Einheit werden und entsprechend wichtig die Erinnerung an das mahnende Wort, das Theodor Heuss den Deutschen 1949 auf den beschwerlichen Weg zu einer Wiedervereinigung mitgegeben hatte: „Wir stehen vor der großen Aufgabe, ein neues Nationalgefühl zu bilden.“

Handlungswillige Bewusstseinsgemeinschaft

Warum ein neues deutsches Nationalgefühl, das sich auch im fünfzehnten Jahr der Einheit nicht herausgebildet hat? Warum müssen wir, wie Udo Di Fabio in seinem jüngsten Buch *Die Kultur der Freiheit* meint, „stärker den Zusammenhang von individueller Freiheit und unentbehrlichen Gemeinschaften – wie Familie, Nationen, Religionsgemeinschaften – beachten“, Gemeinschaften, die laut Di Fabio „indes nicht als sozialtechnokratische Projekte missverstanden werden dürfen“?

Weil – so die kurze und bündige Antwort – weder die „Verfassung“, das „Grundgesetz“ als Rechtsdokument, noch „Europa“, die Union souveräner Nationalstaaten als Staatenverbund, jene Größe zu ersetzen vermag, welche Solidarität als zentrale politische Tugend generiert, die unser freiheitlich-säkulares Gemeinwesen weder prozedural noch institutionell selbst zu garantieren vermag: die Nation.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Die Nation ist und soll kein Selbstzweck, kein Wert an sich sein – es geht nicht um Nationalismus –, es geht um die Nation im Sinne einer politischen Bewusstseinsgemeinschaft, die als solche handlungswillig ist. Die Nation ist, wie jeder historisch halbwegs Kundige weiß, keine naturwüchsige, apriorische Größe an sich; sie ist ein historisch entstandenes Konstrukt, ein Wollensprodukt der Menschen als Bürger, das, wenn auch ein Stück weit imaginiert, von nachhaltiger historischer und gegenwärtiger Wirkmächtigkeit ist.

„Allons enfants de la patrie ...“ – erinnern wir uns der Anfangszeile der Marseillaise von 1792, die gesungen wurde unter dem weltbürgerlich-humanistischen Banner von Freiheit, Gleichheit und Solidarität im Zeichen der revolutionären französischen Nationsbildung. Die Nation, im deutschen Kontext, eingedenk Bismarck'scher Reichsgründung, Wilhelminischer Getriebenheit und Großmannssucht, eingedenk Hitler'scher Perversion – wahrlich ein kompliziertes Thema! Und doch, eingedenk des Hambacher Festes, der Paulskirchenbewegung, der Gründung der Weimarer und des Gelingens der Bonner Republik, eingedenk des Scheiterns der sozialistischen Zwangsnation und der Ereignisse 1989/90 ein Thema, das nüchtern und pragmatisch gerade auch im deutschen Kontext des 21. Jahrhunderts der Zuwendung bedarf. Denn die Frage: „Was eint mich als Bürger mit meinem autonomen, selbstverantwortlichen und dabei doch auf die Gemeinschaft bezogenen Gegenüber jenseits eines gemeinsamen Interesses an einem abwehrenden, schützenden Freiheitsbegriff und jenseits eines kalkülrationalen Kontraktualismus?“ mag eine rationale und dabei zugleich emotional grundierte Antwort im Begriff der Solidarität finden.

Negation der Selbstsucht

Tatsächlich ist es die Solidarität, die Negation der Selbstsucht, die als wesentliche Dimension des Gemeinnsinns zunächst aus persönlicher Sympathie erwächst, aus gemeinsamen Interessen und räumlicher Nähe und die sich in Familie, Gemeinde und Staat verfestigt. „Erst dann“, so formuliert Wolfgang Kersting diesen Sachverhalt aus sozialphilosophischer Perspektive, „wenn es sich um ‚meinen‘ Bruder, ‚meinen‘ Vater, ‚meinen‘ Freund, ‚meine‘ Frau, ‚meine‘ Kinder handelt, bin ich in besonderer Weise ethisch angesprochen; und nur ich, und eben darum, weil es sich um ‚meinen‘ Bruder handelt.“

Ist es also kein Zufall, dass die universalistische Karriere des Fraternalitätsprinzips historisch gescheitert ist, wie Kersting in diesem Zusammenhang erinnert, so ist der Staat, der seinerseits auf der Nation als Solidargemeinschaft gründet, heute nach wie vor der stetigste Garant und Mittler von Solidarität und als solcher durch keine transnationalen, gar universalen Instanzen zu substituieren, die ihrerseits nur auf die abstrakteste, weiteste, damit aber schwächste Form der Solidarität zurückgreifen können.

Konkret: Weltbürgerliche Solidarität mag nur dann Geltungskraft zu erlangen, wenn sie durch staatsbürgerliche, nationale Solidarität vermittelt wird, die ihrerseits durch vielfältige gesellschaftliche, kommunale Solidarbeziehungen mediatisiert ist. Wer heute, und immer noch heute, mit Ralf Dahrendorf darauf insistiert, dass solidarisches Gemeinwohlhandeln, dass Patriotismus nun einmal die Voraussetzung des Weltbürgertums sei, der wendet sich keineswegs, wie oftmals vorschnell vermutet, gegen den Gedanken des Weltbürgerlichen, so abstrakt dieser auch ist. Er sucht allerdings dem Umstand Rechnung zu tragen, dass sich dasjenige politische Gemeinwesen, welches den individuellen Rechtsschutz effektuiert, das demokratische Kontrollverfahren garantiert und eine demokratische Öffentlichkeit ermöglicht, heute nach wie vor – auch im vereinten Europa – im welt-offenen *Nationalstaat* findet.

Nation als konkreter Kontext

Die Nation, noch einmal, nicht als eine mystische, sakrosankte Größe, sondern ganz funktional als „Integral moderner Gesellschaften“ (Paul Ludwig Weinacht) – damit jedoch keineswegs als überkommene Orientierungsmarke weitestgehend obsolet geworden. Im Gegenteil. Die Nation als Integral, das jenes Böckenförde-Paradoxon hinsichtlich der sozio-moralischen Bestandsvoraussetzungen des frei-

heitlichen, säkularen Gemeinwesens aufzulösen vermag, welches jüngst gerade auch von Jürgen Habermas in seinen Reflexionen über die „vorpolitischen Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates“ dahingehend anerkannt wurde, dass Habermas die Gefahr einer „entgleisenden Modernisierung der Gesellschaft im Ganzen“ als konkret konzedierte – eine Gefahr, die „sehr wohl das demokratische Band mürbe machen und die Art von Solidarität auszehren [könnte], auf die der demokratische Staat, ohne sie rechtlich erzwingen zu können, angewiesen ist“ (Habermas). Es verdient besondere Beachtung, wenn Habermas hinsichtlich seines vor zwei Jahrzehnten im Historikerstreit popularisierten Konzeptes eines „Verfassungspatriotismus“ heute einräumt, entgegen einem „weit verbreiteten Missverständnis“ heiße „Verfassungspatriotismus“, „dass sich Bürger die Prinzipien der Verfassung nicht allein in ihrem abstrakten Gehalt, sondern konkret aus dem geschichtlichen Kontext ihrer jeweils eigenen nationalen Geschichte zu Eigen machen“ sollten und es im Übrigen „im eigenen Interesse des Verfassungsstaates“ liege, „mit allen kulturellen Quellen schonend umzugehen, aus denen sich das Normbewusstsein und die Solidarität von Bürgern speisen“ (Habermas).

An die Stelle abstrakter „universalistischer Verfassungsprinzipien“ jenseits nationaler Eigenheiten, die es noch vor zwei Jahrzehnten sein sollten, tritt nunmehr ein Patriotismus, der sehr wohl national fundiert ist und sich zugleich, ohne dass dies ein Widerspruch ist, in weltoffenen konkreten Verfassungsnormen unseres Grundgesetzes widerspiegelt. Nicht die Verfassung also, sondern die Heimat, die Nation – nach Eckhard Fuhr: die „Berliner Republik als Vaterland“.

Patriotismus, dies zeigt uns die Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur, bedeutet nicht die Affirmation der bestehenden politischen und gesellschaftlichen

Verhältnisse. Patriotismus im recht verstandenen Sinne orientiert sich (rückführbar auf die thomasische Naturrechtslehre) an übergeordneten moralischen Prinzipien des Zusammenlebens selbstbestimmter, freier Individuen und weist einen eschatologischen Erlösungsanspruch des Politischen ebenso wie eine Hierarchisierung der Menschen nach Rassen, Klassen oder sonstigen Kategorien zurück. Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit, mithin das Wohlergehen des eigenen Landes, des Volkes, der eigenen Nation, diese Werte einten und verpflichteten das „andere“, das oppositionelle, antitotalitäre Deutschland gegen Hitler. Ja sie waren den Menschen so wesentlich, dass sie den Mut zur befreienden Tat fanden, ihr eigenes Leben zu opfern bereit waren und – wie wir wissen – gar das ihrer nächsten Angehörigen und Freunde gefährden mussten.

Antitotalitäre Treue zur Heimat

Heldentum, das wussten Graf Stauffenberg, Goerdeler, von Moltke und alle Beteiligten und Mitwisser des Attentates, Heldentum macht einsam. Die Männer des 20. Juli 1944 brachten den Heldenmut zur befreienden Tat auf, und so waren sie, nicht obwohl, sondern gerade weil sie ihren Führer und Obersten Befehlshaber verraten hatten, Patrioten für Deutschland. Sie selbst sahen sich an eine geistig-spirituelle, an eine geschichtliche, an eine politisch-kulturelle Vergangenheit gebunden, die ihnen eine moralische und politische Identität verliehen hatte; sie fühlten sich ihrer Heimat, der Zukunft der Nation verpflichtet und für deren Fortbestand verantwortlich. Nur die Treue zur Heimat, die politisch ihre Physiognomie in der Nation findet, die Verpflichtung zu Humanität und Zurückweisung aller eschatologischen Pervertierungen der Mitmenschlichkeit waren ihnen unbedingte. Die Treue zur Regierung war davon abhängig, ob jene das moralische Funda-

ment des menschlichen Zusammenlebens eher förderte, schädigte oder gar, wie im Falle der Diktatur Adolf Hitlers, sehenden Auges zerstörte.

So ist auch in zeithistorischer Perspektive die Frage nach dem Worauf, nach der Bezugsgröße eines bürgerschaftlichen, patriotischen Handelns damit beantwortet, dass zwischen universalistischen Werten und partikularer Struktur des Politischen kein Spannungs-, sondern vielmehr ein notwendiges Komplementärverhältnis gesehen und ein nationalstaatlich orientierter Patriotismus als zeitgemäß und gerade auch pro-europäisch – in Frankreich, Großbritannien, Polen oder Ungarn eine bare Selbstverständlichkeit! – anerkannt werden kann; nun gilt es abschließend die Frage nach der Notwendigkeit, nach den Bedingungen und Perspektiven eines gemeinwohlorientierten bürgerschaftlichen Engagements hier und heute zu stellen.

Verhältnis von Bürger und Staat

Konkret geht es bei dieser Frage um nicht weniger als um das Verhältnis von Bürger und Staat. Es geht um die Stimulierung der bürgerlichen Selbsthilfebereitschaft und ihrer -fähigkeiten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips beziehungsweise im Dienste einer solidarischen Verantwortungsgesellschaft. Eine solche Gesellschaft sucht ihrerseits keineswegs den Staat und jene ihm obliegenden klassischen Funktionen zu ersetzen. Sie sucht ihn vielmehr auf diese klassischen Funktionen zu reduzieren und damit zur Bekämpfung einer „fürsorglichen Vernachlässigung“ (Paul Nolte) beizutragen. Es geht also nicht um die Abkehr vom Sozialstaat und um die Errichtung eines minimalistischen Nachwächterstaates, vielmehr sucht eine bürgerliche Verantwortungsgesellschaft Konsequenzen daraus zu ziehen, dass sozialstaatliche Umverteilung die Gesellschaft auf Dauer nicht von innen heraus zusammenzuhalten

vermag – zumal die öffentlichen Kassen leer sind!

Nicht zufällig orientiert sich der Begriff der „Bürgergesellschaft“ an der unscheinbaren Wirklichkeit funktionierenden Gemeinsinns, wie er in der politischen Kultur des Westens, vor allem in den angelsächsischen Ländern, zu beobachten ist, wo eine Trias von anti-etatistischer Individualität, von vitaler Kommunität und überschaubarer Publizität interagiert. Alexis de Tocqueville wusste davon bereits vor 170 Jahren in seiner bis heute stimulierenden Analyse der „Demokratie in Amerika“ zu berichten.

Die heutige Bürgergesellschaft treiben, vor aller unterschiedlichen Orientierung in Einzelfragen, vor allem die Sorge und die Mitverantwortung für die Funktionsfähigkeit, das Ansehen sowie die Glaubwürdigkeit der demokratischen Staats- und Gesellschaftsform an. Dieses Verständnis von Bürgergesellschaft bedeutet eine notwendige Animation aller zur Verfügung stehenden Kräfte der Mitglieder, die mehrheitlich, wie Umfragewerte belegen, zu einer stärkeren Eigenverantwortung anstelle von staatlicher Fürsorge ebenso bereit sind wie zu einem Engagement im Dienste der Gemeinschaft, sei es in Vereinen, religiösen Vereinigungen oder sonstigen selbst organisierten Gruppen.

Neue Qualität des Wohlstandes

„Jeder“, so meint Udo Di Fabio in seiner *Kultur der Freiheit*, müsse sich künftig fragen lassen, „welche Beiträge er selbst für eine vitale, wohlhabende und freie Gemeinschaft geleistet hat: Wie viele Kinder hat jemand mit Liebe und Weitsicht großgezogen, wie viel uneigennützig Hilfe Not Leidenden gegeben, wie viel dafür getan, dass Gemeinschaften gerecht und lebensklug bleiben?“ Das von Di Fabio skizzierte Bild der vitalen, wohlhabenden und freien Gemeinschaft steht auch Meinhard Miegel in seiner Streitschrift *Epochenwende*

vor Augen, wenn er Wohlstand jenseits egozentrischer Gewinnmaximierung zu deuten sucht als eine Gemeinschaft von Menschen, „deren Lebenssinn über das Anhäufen materieller Güter hinausgeht. Das sind Kinder, die körperlich und geistig gedeihen können; das sind Alte, die nicht vereinsamen; das sind viele Gebrechliche und Altersdemente, die menschenwürdig leben. Wohlstand, das ist mitmenschlicher Zusammenhalt. Zwar kann und wird das nicht alles sein. Aber ohne diese neue Qualität des Wohlstandes sind rapide alternde, zahlenmäßig schwindende und abnehmend dynamische Gesellschaften trotz materiellen Reichtums arm“ (Miegel).

Patriotismus konkret formuliert, so scheint es, enthält genügend Potenzial zur Polarisierung der heutigen Gesellschaft, zum Konflikt um die Akzeptanz der Notwendigkeit einer Neujustierung des überkommenen staatlich-gesellschaftlich-individuellen Kräfteparallelogramms. Dass gleichwohl eine solche Neujustierung staatspolitisch alternativlos erscheint und dass entsprechend der vermeintlich museale Begriff des Patriotismus in seiner Mehrdimensionalität erneut aktuell geworden ist, daran lässt Bundespräsident Horst Köhler keinen Zweifel, wenn er betont: „Wir müssen wieder mehr auf die Kraft der Freiheit vertrauen. [...] Diese Kraft liegt in den Menschen. Ihre Ideen sind der Reichtum unseres Landes. Damit sich diese entfalten kann, müssen wir Angst überwinden und Selbstvertrauen zurückgewinnen. [...] Wir sehen unser Land in seiner ganzen Geschichte, und darum erkennen wir auch, an wie viel Gutes wir Deutschen anknüpfen können. [...] Deutschland hat die Kraft, sich zu verändern. [...] Wir sollten uns dabei unserer kulturellen und religiösen Wurzeln bewusst sein.“

Alsdann, ans Werk, wiewohl wir merken, was Patriotsein heißt: eigene Größe zu beweisen, zumal gerade dann, wenn Kleinmut seine große Kraft entfaltet.